

Schwerpunkt

Engagementpolitik und Stadtentwicklung – Ein neues Handlungsfeld entsteht

Editorial

Das Handlungsfeld Engagementpolitik entsteht
Reinhard Chr. Bartholomäi, Vorstandsvorsitzender des vhw e.V.



Politik

Die Bürgergesellschaft – Ein Leitbild muss sich bewähren 171
Reinhard Chr. Bartholomäi, vhw e.V.
Peter Rohland, vhw e.V., Berlin

Zivilgesellschaft, bürgerschaftliches Engagement und Sozialkapital – Ressourcen für sozialräumliche Revitalisierungsprozesse? 175
Prof. Dr. Thomas Olk, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Bürgergesellschaft und Partizipation: Orientierungen für gesellschaftliche Entwicklung 180
Dr. Michael Bürsch, MdB

Die kreative Stadt – die Wiedergewinnung an den Wurzeln der Demokratie 184
Dr. Konrad Hummel, Augsburg

Die neue Verantwortungsteilung zwischen Staat und Gesellschaft – oder: Wessen Wohl ist das Gemeinwohl? 189
Prof. Dr. Gunnar Folke Schuppert, Wissenschaftszentrum Berlin

Studie Reflexive Stadtgesellschaft – Empirische Sozialraumanalysen zu Mentalitäten und Strukturen vor Ort – Wege zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements 194
Julia Marth, Universität Bielefeld

Integration und Engagement bei jugendlichen Migranten 199
Dr. Matthias Sauter, Universität Duisburg-Essen



vhw-Werkstatt

Engagement im Stadtquartier konkret, oder: Was ist gemeint, wenn vom bürgerschaftlichen Engagement in der Stadtentwicklung die Rede ist? 203
Dr. Frank Jost, vhw e.V.

Mehr Engagementpotenziale als gedacht – Topografie des Engagements in Aachen-Ost 204
Britta Rösener, RWTH Aachen

Thematische Vielfalt und breites Spektrum – Topografie des Engagements in Hannover-Badenstedt 209
Oliver Kuklinski, PlanKom Hannover

Engagement auch unter erschwerten Bedingungen? – Topografie des Engagements in Dortmund-Nordstadt 213
Tülin Kabis-Staubach, Prof. Dr. Reiner Staubach, Planerladen Dortmund

Engagement im Quartier: Ambivalenzen und Widersprüche – Kommentar I zu den Untersuchungen in Aachen, Hannover und Dortmund 218
Dr. Matthias Sauter, Universität Duisburg-Essen

„Überraschend – erstaunlich – unerwartet“ – Kommentar II zu den Untersuchungen in Aachen, Hannover und Dortmund 219
Wolfgang Kiehle, WohnBund-Beratung NRW, Bochum

Drei Stadtteile: viel Engagement – Kommentar III zu den Untersuchungen in Aachen, Hannover und Dortmund 220
Prof. Dr. Klaus Selle, RWTH Aachen



Nachrichten

Fachliteratur 221



WohnungsMarktEntwicklung

Die regionale Bevölkerungsentwicklung im Jahr 2007 – Der Trend in die Großstädte hält an 224
Bernad Hallenberg, vhw e.V., Berlin



Reinhard Chr. Bartholomäi

Das Handlungsfeld Engagementpolitik entsteht

Neben Politik, Verwaltung und Privatwirtschaft etablieren sich auf der gesellschaftspolitischen Bühne zusehends engagierte Bürger als neue Gemeinwohlakteure.

Nach dem Freiwilligensurvey zeichnet sich hier ein optimistisch stimmendes Szenario ab.

Waren nach dem ersten Survey 1999 bereits 34% engagiert, stieg dieser Anteil zum zweiten Survey in 2004 auf 36% (für 2008-2010 hat das BMFSFJ einen dritten Survey veranlasst). Diese Entwicklung vollzieht sich im sozialen und ökologischen Bereich wie auch im Bereich Wohnen und Stadtentwicklung. Gleichzeitig aber mangelt es an robusten Strukturen, die engagementbereite Bürger unterstützen können und einen gleichberechtigten Dialog zwischen Bürgern und etablierten Gemeinwohlakteuren moderieren. Vor diesem Hintergrund hat auch die Bundespolitik begonnen, sich mit der Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements auseinanderzusetzen. Die große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion von 1996 führte 1997 zur ersten Bundestags-Debatte über bürgerschaftliches Engagement. Im Zuge der rot-grünen Bundesregierung folgte 1999 die durch den Deutschen Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements, die 2002 ihren Abschlussbericht vorlegte. Aus diesem Diskussionsprozess heraus sind nun Strukturen wie der Bundestags-Unterausschuss zum bürgerschaftlichen Engagement oder das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement entstanden. Das Feld von Strukturen, die das Handlungsfeld Bürgergesellschaft flankieren, ist größer geworden. Auch der vhw setzt sich in diesem Kontext schon seit längerem für das Leitbild der Bürgergesellschaft im Bereich Wohnen und Stadtentwicklung ein.

Die Bürgergesellschaft als Reformperspektive

Insgesamt betrachtet ist bürgerschaftliches Engagement schon längst mehr als nur eine Freizeitaktivität. Nicht zuletzt in den Empfehlungen der Enquete-Kommission wird deutlich: Die Bürgergesellschaft kann einen substanziellen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der demokratischen Gesellschaft leisten. Sie ist dabei, wie es Mitglieder dieser Kommission wie MdB Karin Kortmann, Prof. Adalbert Evers, Prof. Thomas Olk und Prof. Roland Roth formulieren, immer auch eine Reformperspektive, eine Utopie von mehr Selbstorganisation, Eigenverantwortung und Bürgerbeteiligung, deren Grundlagen zwar vorhanden, aber ausbau- und verbesserungsfähig sind. Die Bürgergesellschaft ist ausdrücklich mehr als nur das Ehrenamt, auch hauptamtliche Strukturen, Stiftungen und Spenden sowie politische Partizipation und Teilhabe gehören dazu. Engagierte Bürger tragen maßgeblich zum Gemeinwohl bei. Von daher liegt es auf der Hand, sie auch politisch

und rechtlich als Gemeinwohlakteure zu begreifen. Betrachtet man die bundespolitischen und zivilgesellschaftlichen Strukturen, die das bürgerschaftliche Engagement unterstützen und flankieren, so ist es dabei nahezu augenscheinlich, bürgerschaftliches Engagement als eigenständiges Politikfeld zu begreifen, das es zu gestalten gilt.

Latente Potenziale

Neben den flankierenden Strukturen, die es im Handlungsfeld Engagementpolitik zu etablieren gilt, wird es weiterhin zentrale Aufgabe sein, bürgerschaftliches Engagement selbst zu fördern und zu unterstützen. Das bedeutet, sich auch um die latenten Potenziale interessierter, aber noch nicht engagierter Bürger zu bemühen. Betrachtet man den Bereich Wohnen und Stadtentwicklung näher, stellt man fest, dass das Engagement-Niveau hier im Moment noch schwächer ist als in anderen Engagement-Bereichen. Tatsächlich konstatiert der Freiwilligensurvey für das lokale bürgerschaftliche Engagement bislang nur einen Engagement-Grad von ca. 2%. Angesichts der großen Erwartungen, die in der öffentlichen Debatte um lokale Bürgerbeteiligung geäußert werden, irritiert dieser Befund. Wo ist sie denn, die schöne neue Bürgergesellschaft?

Hemmung und Umleitung von Engagement

Professor Klages hat 2007 in einer Studie für die Friedrich Ebert Stiftung zwei zentrale Momente betont. Erstens wird das Engagement im lokalen Bereich, also dort, wo Bürgergesellschaft im Bereich Wohnen und Stadtentwicklung ansetzen müsste, durch qualitativ und quantitativ unzureichende Beteiligungsmöglichkeiten gehemmt (Hemmungs-These). Zweitens werden die latent aktivierbaren Engagement-Potenziale in diesem Bereich auf andere Bereiche umgeleitet (Umleitungs-These). Die Feststellungen von Professor Klages werden durch die Studien gestützt, die der vhw in diesem Kontext in den letzten Jahren in Kooperation mit Sinus Sociovision (Heidelberg) und Prof. Klaus Selle (Aachen) durchgeführt hat. Dabei lässt sich wiederholt feststellen, dass in allen Bevölkerungsgruppen, bzw. in allen Sinus-Milieus, Potenziale für ein Engagement im Bereich Wohnen und Stadtentwicklung bestehen. Gleichzeitig sind diese Engagement-Potenziale gehemmt: Es existiert beispielsweise ein Misstrauen gegenüber Politik und Verwaltung, in wie fern Engagement überhaupt gewollt ist; zudem werden Beteiligungsmöglichkeiten oft als intransparent oder auch einfach überhaupt nicht wahrgenommen.

Konturen eines neuen Gesellschaftsvertrags

Aufgabe eines Handlungsfelds Engagementpolitik wird es nicht zuletzt sein, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um die latenten Potenziale im Bereich Wohnen und Stadtentwicklung aufzugreifen. Ziel muss es dabei sein, das Leitbild der Bürgergesellschaft tatsächlich zu leben und voranzutreiben: Das gilt in Bezug auf die Förderung des Engagements der Bürger selbst, aber auch in Bezug auf ein notwendiges Umdenken von Politik, Verwaltung und Privatwirtschaft, dass dieses Engage-

ment wichtig ist und gefördert werden muss. Im Ergebnis steht die These, dass sich bürgerschaftliches Engagement im Bereich Wohnen und Stadtentwicklung für alle beteiligten Akteure auszahlt. Das zumindest geht aus den Ausführungen von Professor Schuppert über das Public Value Management als möglichen Handlungsrahmen einer vom Bürger ausgehenden Stadtentwicklung hervor: Die Einbeziehung des Bürgers in die Entscheidungsprozesse im Bereich Wohnen und Stadtentwicklung erzeugt einen öffentlichen Mehrwert, der aus dem Beteiligungsprozess an sich hervorgeht.

Die Rolle des vhw

Es ist Aufgabe des Handlungsfelds Engagementpolitik, die geeigneten Strukturen zu schaffen, um das Leitbild der Bürgergesellschaft umzusetzen. Der vhw sieht seine Aufgabe dabei, dieses Ziel im Bereich Wohnen und Stadtentwicklung zu unterstützen. Denn was nützt das Leitbild „Bürgergesellschaft“, wenn die vorhandenen Strukturen bürgerschaftliches Engagement erschweren oder gar unmöglich machen?

Für den vhw bedeutet das Leitbild der Bürgergesellschaft, den Bürger nicht nur als Adressaten zu betrachten, sondern ihn auf Augenhöhe in die Entscheidungsstrukturen im Bereich Wohnen und Stadtentwicklung einzubeziehen. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für das Selbstverständnis der beteiligten Akteure (Bürger, Politik, Verwaltung, Privatwirtschaft)? Welche Interessenskonflikte entstehen? Welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden? Ganz im Zeichen dieser Fragen steht der diesjährige Verbandstag des vhw zum Thema „Engagementpolitik und Stadtentwicklung – Ein neues Handlungsfeld entsteht“ am 18./19. September 2008. Er bietet den Rahmen einer Debatte, in deren Zuge der vhw auch längerfristig ein Forum bieten wird, Rahmenbedingungen, Leitideen und Instrumente dieses Handlungsfelds zu diskutieren, weiterzuentwickeln und deren Umsetzung zu forcieren.



Reinhard Chr. Bartholomäi
Vorstandsvorsitzender des vhw e.V.